

Die Bauergewerkschaft

Zeitung des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich 3,— RM. (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. Redaktionschluss: Montag, morgens 9 Uhr
Nr. 22 · 30. Jahrgang Geschäftsstelle und Schriftleitung: Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2/3 Berlin, 1. Juni 1929

Der Standpunkt der Bauunternehmer

Gegen die Arbeitslosenunterstützung der Bauarbeiter im Winter, aber auch gegen Lohnausgleich!

Die Arbeitgeberschaft des Baugewerbes hatte bis jetzt noch mit ihrer Meinung in der Frage der Reform der Arbeitslosenversicherung zurückgehalten. Nunmehr ist auch sie in die Kampffront gegen die Versicherung offen eingetreten. Dr. Grundmann schreibt in der Arbeitgeberzeitschrift „Das Baugewerbe“:

„Es kann nicht bestritten werden, daß die Arbeitslosigkeit der Bauarbeiter seit Rückkehr einigermaßen regelrechter Wirtschaftsverhältnisse — also etwa seit 1925 — wieder, wie in der Vorkriegszeit, fast ausschließlich auf die regelmäßige Wiederkehr der jahreszeitlichen Witterungsstörungen zurückzuführen ist; hat doch der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe selbst erst kürzlich durch das Ergebnis seiner „Erhebung über Ausjektage“ den Nachweis geliefert, daß heutzutage die konjunkturbedingte Arbeitslosigkeit der Bauarbeiter gegenüber der saisonbedingten nur noch eine ganz verschwindend geringe Rolle spielt. Es trifft infolgedessen sicher zu, daß die Saisonarbeitslosigkeit der Bauarbeiter mit ihrer regelmäßigen Voraussehbarkeit überhaupt kein versicherungsfähiges Risiko darstellt, die Herausnahme der Bauarbeiter aus der Arbeitslosenversicherung während des berufsüblichen winterlichen Stillstandes des Gewerbes also bei dem nachgewiesenermaßen mit Regelmäßigkeit herauszuholenden Mehrfachen an Leistungen gegenüber den Beiträgen schon versicherungstechnisch einfach unerlässlich erscheint. Es muß weiterhin zugegeben werden, daß eine Abgeltung für den regelmäßigen Verdienstausfall während des Winters für die Bauarbeiter bereits in den „Saisonlöhnen“ gegeben ist, und daß deren Höhe im Grunde auf dem Gedanken fußt, daß der Bauarbeiter aus seinem Verdienst während der Arbeitsaison Rücklagen zur Bestreitung seines Lebensunterhaltes während der Winterruhe zu machen hat.

Umderserseits ist jedoch bei der Gesamtwürdigung des Antrages der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände in Betracht zu ziehen, daß sich seine Verwirklichung nach Ansicht der Bauarbeiterschaft als eine Verminderung der ihnen derzeit jährlich zufließenden Lebensgüter darstellen würde, die nicht in vollem Umfange durch die vorgezeichnete Beitragsheraufhebung wettgemacht wird. Die Vereinigung schlägt — ohne es auf zutreffende Berechnungen gründen zu können — eine Beitragsherabsetzung für Saisonarbeiter von 3 v. H. auf 1½ v. H. des Bruttolohnes vor; dies würde also entsprechend der Zweiteilung der Beiträge auf Arbeitgeber und Arbeitnehmer für den ersteren praktisch einer Lohnsenkung um ¼ v. H. gleichkommen, während es für den Arbeiter nicht etwa eine Erhöhung seiner Bezüge ebenfalls um ¼ v. H., sondern infolge des Wegfalls der ein Mehrfaches seiner Beiträge ausmachenden Versicherungsleistungen während der Winterzeit einen Abbau seiner Gesamtbezüge bedeuten würde. Daraus erhellt mit aller Deutlichkeit, daß sich die Frage der Herausnahme der Bauarbeiter aus der Arbeitslosenversicherung der Arbeitgeberschaft des Baugewerbes als ein Januskopf darstellt: auf der einen Seite verlangt es die Gerechtigkeit, dem allgemeinen Arbeitgeberstand wegen des Widersinns des Bezuges von Arbeitslosenunterstützung während der berufsüblichen Arbeitslosigkeit neben der hohen Saisonentlohnung beizutreten, auf der anderen Seite sind die großen Lohnpolitischen Bedenken nicht zu unterdrücken, die bei der Verwirklichung der Anträge der Vereinigung Gestalt anzunehmen drohen.“

Also auch die Arbeitgeber des Baugewerbes stellen sich grundsätzlich hinter die Forderung der Zeitschrift der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände, d. h. sie sind grundsätzlich damit einverstanden, daß den Bauarbeitern im Winter die Arbeitslosenunter-

stützung vollständig entzogen wird. Sie fürchten jedoch, daß die Bauarbeiterverbände den berechtigten Versuch machen werden, die durch den von den Unternehmern geforderten Entzug der Unterstützung eintretende Verschlechterung der Lebenslage durch entsprechende Lohnforderungen auszugleichen. Dem möchten sie wie folgt vorbeugen:

„Das Baugewerbe, als der in allererster Linie von der geplanten Neuregelung der Arbeitslosenversicherung für Saisonarbeiter berührte Gewerbezweig, hat nach der gekennzeichneten Auswirkung der Anträge der Vereinigung den Vorbehalt zu machen, daß ihm Sicherungen dagegen geboten werden, daß die gegebenenfalls zur Tat werdende Herausnahme der Bauarbeiter aus der Arbeitslosenversicherung auf keinen Fall zum Anlaß einer ausgleichenden Lohnbewegung genommen werden kann. Welcher Art derartige Sicherungen sein können, darüber wird noch in besondere Überlegungen getreten werden müssen. Zumindest muß die vorherige öffentliche Anerkennung der Reichsregierung vorliegen, daß die Streichung der winterlichen Arbeitslosenunterstützung keine ungerechtfertigte Minderung der Lebenshaltung der Bauarbeiter, sondern lediglich ihre Rückforderung auf das ihrer Saisonentlohnung entsprechende, gehörige Maß bedeutet, damit von vornherein den bei den nächsten Lohnverhandlungen im Frühjahr 1930 zu erwartenden Begründungen neuer Lohnforderungen aus dem etwa nach der Neuregelung der Saisonarbeitslosenfrage geschaffenen Zustand die Spitze abgebrochen wird.

Im engen Zusammenhang mit der hier umstrittenen Frage der Aufrechterhaltung der Lebenshaltung der Bauarbeiter trotz notwendiger Veränderungen des Arbeitslosenversicherungsgesetzes wäre außerdem der Reichsregierung und dem Reichsparlament nahezu legen, den Gewerkschaften den Weg zu weisen, auf dem den Bauarbeitern eine unveränderte Lebenshaltung zu ermöglichen ist, ohne sie im Wege der allgemeinen Erhöhung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge als Gnadengeschenk der Gesamtwirtschaft entgegenzunehmen: Der Weg der Arbeitsnachholung winterlicher Ausfallstunden im Sommer, also die Zulassung der verlängerten Sommerarbeitszeit durch das Arbeitsschutzgesetz! Diese Anerkennung der Saisonbedürfnisse des Baugewerbes in arbeitspolitischer Hinsicht ist also die weitere Gegenforderung der baugewerblichen Arbeitgeberschaft gegenüber der Gesamtwirtschaft, wenn sie sich geschlossen hinter die Anträge der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände zur Saisonarbeitslosenfrage stellen soll.“

Die Unternehmer hoffen, mit Hilfe der Regierung den Lohnausgleich unmöglich machen zu können. Sie werden vergebens hoffen. Sie mögen sich gesagt sein lassen, daß ganz unabhängig von irgendeiner Stellungnahme der Regierung die Bauarbeiterschaft auf jeden Fall eine Lohnerrhöhung durchdrücken wird, die eine etwaige Verschlechterung ihrer Lage durch Unterstützungsentzug ausgleicht.

Die Arbeitgeber verweisen die Bauarbeiter auf den Ausgleich durch Verlängerung der Arbeitszeit im Sommer. Wir haben wohl noch nicht genug Arbeitslose. Eine Durchbrechung des Achtstundentages ist für uns gänzlich undiskutabel, vor allem, solange es nicht gelungen ist, der schon bestehenden starken Arbeitslosigkeit im Baugewerbe ein Ende zu machen. Die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe ist — was auch die Unternehmer sagen mögen — keine Saisonarbeitslosigkeit, zum mindesten nicht in dem Ausmaße, wie es behauptet wird. Das Beispiel anderer Länder beweist, daß die Winterarbeitslosigkeit

sich auf eine verschwindend kurze Zeit herabmindern läßt. Also da sollen die Anstrengungen von Staat und Baugewerbe einsehen.

Die Arbeitgeber des Baugewerbes seien sich über die Konsequenzen ihres Handelns klar. Die Bauarbeiterschaft wird keine Verschlechterung ihrer Lage kampflos hinnehmen. Entweder die Unterstützung bleibt wie sie ist, oder die Bauarbeiterschaft verlangt den notwendigen entsprechenden Lohnausgleich.

Worte und Taten der S. P. D.

Am 20. Mai — also vor einem Jahre — wurden die meisten deutschen Parlamente neu gewählt. Im Wahlkampf ging es hoch her. Durch Zeitungen, Plakate, Flugblätter, Werbeumzüge, Wahlfilme, Schallplatten u. dgl. wurde von allen Parteien, besonders aber von der Sozialdemokratie, gearbeitet. Die bisherige Regierung und die bürgerlichen Parteien wurden von ihr heruntergerissen, es blieb kein gutes Haar an ihnen. Die Sozialdemokratie versprach den Wählern, daß es sofort anders werden würde, wenn sie verstärkt in die Parlamente einzuziehen würde. Die Sozialdemokratie hatte Erfolg mit ihrer Methode. In den Reichstag zog sie verstärkt ein. Die Folge war natürlich, daß sie auch die Verantwortung mit übernehmen mußte. Sie tat es nicht gern, nur gezwungenermaßen. Sie wußte, daß nun die Reihe an ihr sei, ihre Versprechungen auch in die Tat umzusetzen. Und nun zeigte sich der Widerspruch zwischen Versprechungen und Taten.

Panzerkreuzer statt Kinderpeisung war die Parole, mit der die Hasen in die Küche getrieben wurden, und nach der Wahl mußten die sozialistischen Regierungsvertreter für den Panzerkreuzer und gegen Kinderpeisung stimmen.

Auf dem Gebiete der Wohnungspolitik wurde früher viel Kritik geübt, besonders verlangten die Sozialdemokraten ein Reichswohnungsbauprogramm, um die Wohnungsnot systematisch auf längere Sicht beheben zu können. Nun ist ein Jahr vergangen. Wir bekamen einen sozialistischen Reichsarbeitsminister, aber ein Reichswohnungsbauprogramm auf längere Sicht bekamen wir nicht. Auch ist sonst bezüglich unserer Wohnungspolitik so ziemlich alles beim alten geblieben. Das Aufkommen der Hauszinssteuer ist nicht, wie es die Sozialdemokratie stets forderte, restlos für den Wohnungsbau verwandt worden. Der sozialdemokratische Finanzminister braucht das Geld für andere Zwecke.

Bezüglich der Arbeitslosenfürsorge hat der Reichsarbeitsminister auch keine besonderen Taten vollbracht, es sei denn, daß man die Ankündigung des stark sozialistisch durchsetzten Kabinetts, die Arbeitslosenfürsorge abzubauen, als eine besondere Tat ansprechen will.

Streiks und Aussperrungen nahmen gerade unter dem sozialistischen Arbeitsminister einen Umfang an wie nie zuvor. Vielfach wurden Schiedsprüfung gefällt und für verbindlich erklärt, die ruhig hingenommen wurden, weil sie von einem sozialistischen Minister für verbindlich erklärt wurden. Hätte das der frühere Arbeitsminister getan, dann wäre man über ihn hergefallen. Man denke nur an das Verhalten des Kabinetts und des Arbeitsministers in dem großen Konflikt der Metallindustrie im Ruhrgebiet. Die Reichsregierung sah wochenlang tatenlos zu, wie die Metallindustriellen ihre Kraftprobe versuchten, und nachher hat sie recht ungefällig eingegriffen und den Konflikt beendet, so wie ihn eine sozialistische Regierung nicht beenden durfte.

Die Finanzpolitik der Sozialdemokratie steht auch nicht mit ihren Versprechungen im Einklang. Das Einkommensteuergesetz erfährt keine Verbesserung, eher eine Verschlechterung zuungunsten der Familienväter, und jetzt geht der sozialistische Finanzminister dazu über, eine Anleihe auszusprechen und den Zeichnern zu versprechen, sie von jeder Steuer (Einkommensteuer, Kapitalertragsteuer, Erbschaftsteuer) zu

befreien. Hätte das ein nichtsozialistischer Finanzminister getan, dann hätte man ihm nachgeredet, er treffe seine Maßnahmen zugunsten der „Kapitalisten“.

Demonstrationsverbote und Verbote von Zeitungen wurden kaum von einer Regierung in größerem Umfang erlassen wie von der sozialistischen. Der sozialdemokratische Polizeipräsident mußte den Kommunisten die Märsche-Demonstrationen verbieten, für die Sozialdemokraten früher selbst auf die Schanze stiegen. Er mußte die „Rote Fahne“ auf drei Wochen verbieten. Unter dem sozialistischen Innenminister und sozialistischen Polizeipräsidenten von Berlin gab es am 1. Mai 22 Tote, eine Zahl, die in den früheren Jahren nie erreicht wurde. Als Minister von Keudell den Roten Frontkämpferbund verbieten wollte, regte sich die Sozialdemokratie auf. Nun muß der sozialistische Minister selbst zu einer Auflösung und Beschlagnahme des Vermögens des Roten Frontkämpferbundes übergehen. Wir machen ihm das gewiß nicht zum Vorwurf; aber wir machen der Sozialdemokratie zum Vorwurf, daß sie in der Agitation die Dinge anders darstellt und Versprechungen macht, die sie nachher selbst nicht halten kann. Ihre unfruchtbare jahrelange Opposition hat die Köpfe der Massen verwirrt. Nun können sie nicht begreifen, daß dieselben Vertreter in der Regierung anders handeln müssen als sie früher geredet haben.

Heute, am Jubiläumstag der Wahlen, nachdem die Sozialdemokratie ein Jahr lang glorreich regiert hat, sind solche Hinweise angebracht. Es mag der Sozialdemokratie unangenehm sein; aber an den Tatsachen selbst kann sie nichts ändern, und die Wahrheit bricht sich auch bei den sozialistischen Massen langsam Bahn.

Joseph Treffert.

Die Bauarbeiter in der Arbeitslosenversicherung

Ein Mitglied unseres Verbandes schickt uns zur Frage der Stellung der Bauarbeiter in der Arbeitslosenversicherung folgenden Beitrag, der vor einigen Tagen auch schon im „Deutschen“ veröffentlicht wurde:

Mit Staunen und Empörung lesen und hören wir die Angriffe, die vor allem in den letzten Wochen in der Presse und in der Öffentlichkeit gegen die Stellung der Bauarbeiter in der Arbeitslosenversicherung laut werden. Man behauptet, daß einerseits die Bauarbeiter die Unterstützung nicht nötig hätten, da sie im Sommer genügend verdienen, um sich für den Winter Ersparnisse zurücklegen zu können. Andererseits soll es sich bei der Winterarbeitslosigkeit der Bauarbeiter um Saisonarbeitslosigkeit handeln, die als regelmäßig wiederkehrende Erscheinung in der Arbeitslosenversicherung keine Berücksichtigung finden könne.

Zu diesen Behauptungen möchte ich einiges sagen. Die Stundenlöhne, wenigstens der Bauarbeiter, liegen tatsächlich höher als die Löhne vieler anderer Arbeiter. Ersichtlich ist es aber, daß niemand nach dem Jahresverdienst des Bauarbeiters fragt. Ich kann aus meiner Erfahrung sagen, daß es nur verhältnismäßig wenig Bauarbeiter gibt, die viel über 200 RM. Jahresverdienst haben. Das liegt nicht nur an der Winterarbeitslosigkeit, sondern auch an dem Ausfall mancher Arbeitsstunden im Sommer infolge schlechter Witterung oder mangelhafter Bauvorbereitung und unregelmäßiger Bautätigkeit. Vielleicht würde sich aber mit diesem Verdienst noch schlecht und recht auskommen lassen, wenn nicht für die meisten Bauarbeiter noch erschwerende Umstände hinzukämen. Die Arbeit des Bauarbeiters bedingt einen Kleiderverschleiß und einen Nahrungs- mittelverbrauch, wie er für die meisten übrigen Arbeiter in dem Maße nicht erforderlich ist. Häufiger Wechsel der Arbeitsstelle und häufige Arbeit fern von Wohnung und Familie bedingen weitere Aufkosten. Viele Bauarbeiter arbeiten den größten Teil des Jahres überhaupt in der Fremde und sind daher gezwungen, während dieser Zeit einen doppelten Haushalt zu führen. Gerade diese sogenannten Wanderarbeiter haben es aber sehr vielen angetan. Man sagt, daß diese zumeist ein kleines Anwesen in der Heimat hätten und dadurch in der Lage wären, gut über den Winter hinwegzukommen. Zu diesen Wanderarbeitern gehöre auch ich. Deshalb sei es mir gestattet, aus meiner persönlichen Erfahrung dazu noch einiges zu sagen.

Ich bin im Stegerwald zu Hause, habe ein kleines Anwesen von einigen Morgen, ein Schwein und etliche Hühner. Dieser Besitzstand langt gerade dazu, meine Familie von sieben Köpfen mit Kartoffeln, Gemüse, Eiern und zum Teil mit Fleisch zu versorgen. Ab und zu können auch ein paar Eier verkauft werden. Die Vorteile, die der geringe landwirtschaftliche Besitz durch kleine Vorkäufe und durch die Lebensmittelzuzugung für den eigenen Bedarf bietet, werden zum großen Teil ausgeglichen durch Steuern und sonstige Aufkosten, die mit dem

landwirtschaftlichen Betrieb verbunden sind. Um meiner Familie den notwendigen Lebensunterhalt zu schaffen, bin ich wie die meisten meiner Dorfgemeinden den größten Teil des Jahres im rheinisch-westfälischen Industriebezirk als Maurer tätig, da es für mich in der Heimat keine Arbeit gibt. Im vergangenen Jahr bin ich Ende Februar abgereist und Anfang Dezember wieder nach Hause gefahren,

Der neue Vorsitzende des Gesamtverbandes

Der Ausschuß des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften hat auf seiner Sitzung vom 22. Mai in Essen den bisherigen Generalsekretär des Gesamtverbandes, Eite, mit dem Vorsitz des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften als Nachfolger des jetzigen Reichsverkehrsministers Dr. h. c. Adam Stegerwald betraut. Dr. Stegerwald hatte schon, als er sein Amt als Fraktionsvorsitzender der deutschen Zentrumspartei annahm, erklärt, daß er sich bald von seinen gewerkschaftlichen Ämtern lösen würde, damit er seine Arbeitskraft ganz in den Dienst einer einzigen Sache stellen könne. Nachdem



nun Stegerwald durch das Vertrauen seiner Fraktionskollegen zum Reichsverkehrsminister berufen wurde, war es durchaus gegeben, daß er sein Amt als Vorsitzender des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands niederlegte. Dadurch, daß Eite mit dem Vorsitz des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften betraut wurde, ist die Führung des Deutschen Gewerkschaftsbundes noch nicht gelöst. Nach wie vor ist Reichsverkehrsminister Stegerwald 1. Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes, und der Verbandsvorsitzer des Deutschen nationalen Handlungsgehilfen-Verbandes, Bechthold, der 2. Vorsitzende. Es ist aber damit zu rechnen, daß auch hier sehr bald eine Klärung erfolgt.

Der neue Vorsitzende des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, Bernhard Eite, wurde am 12. Juli 1883 in Hohnen (Westfalen, Kreis Ledenburg) geboren. Er besuchte die Volksschule und erlernte danach das Weben. Sehr bald betätigte er sich in der christlichen Arbeiterbewegung und war schon in den Jahren 1908 bis 1910 in Kempen am Rhein Arbeitersekretär, von 1911 bis 1918 Bezirksleiter des christlichen Textilarbeiterverbandes in Bocholt (Westfalen), danach Schriftleiter der „Textilarbeiterzeitung“ in Düsseldorf bis 1919. Danach wurde er zum Vorsitzenden des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands gewählt. Seit Ende 1921 ist er Generalsekretär des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands gewesen, und im September 1928 wurde er Präsident des Internationalen Bundes der christlichen Gewerkschaften. Eite gehört auch als Vertreter der Gruppe „Arbeitnehmer“ dem Reichswirtschaftsrat an.

da mit Beginn der Kälte keine Arbeit mehr zu bekommen war. In dieser Zeit habe ich rund 2100 RM. an Lohn ausgezahlt bekommen. Davon konnte ich bei spärlichster Lebensweise etwa 1100 RM. nach Hause schicken. Von diesem Geld mußten Frau und fünf Kinder leben. Daß davon vor allem in Anbetracht der notwendigen Barauslagen für den landwirtschaftlichen Betrieb nicht noch gespart werden konnte, dürfte jedem klar sein. Im Dezember kam ich mit einigen zehn RM. in der Tasche nach Hause. Der lange Winter hätte meine Familie in die größte Not gebracht, wenn nicht die Arbeitslosenunterstützung dagewesen wäre. Oder wir wären eben der Armenfürsorge zur Last gefallen; denn daß eine Familie für Wochen und Monate nicht

nur von Kartoffeln leben kann, leuchtet wohl jedem ein.

So wie mir, geht es vielen Kollegen auf dem Land. Gewiß haben auch manche eine größere Landwirtschaft, aber diese haben ja auch infolge der Bedürftigkeitsprüfung nach sechs Wochen keine Unterstützung mehr erhalten. Daß es den Kollegen ohne Besitz, die ja doch in der Mehrzahl sind, im letzten Winter nicht besser gegangen ist, steht wohl ohne Zweifel fest. — Viel wird dann noch darüber geschrieben, daß vielerorts die Bauarbeiter angebotene andere Arbeit nicht angenommen hätten. Wir sind nur wenige Fälle bekannt, daß tatsächlich Arbeit angeboten wurde. Ich weiß von keinem Fall, in dem die Arbeit nicht angenommen worden ist. Ganz abgesehen davon, daß im Weigerungsfall die Unterstützung in Fortfall kommt, ist jeder Kollege froh, wenn er Arbeit erhält. Nach Ausnahmen, die überall vorkommen, kann man nicht einen ganzen Stand beurteilen.

Nun noch der Einwand, daß die Winterarbeitslosigkeit im Baugewerbe als Saisonarbeitslosigkeit eine zu starke Belastung für die Arbeitslosenversicherung sei, und daß die Bauarbeiter deshalb wenigstens für den Winter aus der Arbeitslosenversicherung herausgenommen werden müßten. Die Winterarbeitslosigkeit brauchte im allgemeinen sicher nicht so ausgedehnt zu sein — der letzte Winter war eine Ausnahmeerscheinung. In den vorhergehenden Wintern haben wir längeren Frost kaum gehabt. Es hätte also an sich wohl gearbeitet werden können, wenn Bauten in Angriff genommen worden wären. Aber wir haben vergebens nach Arbeit ausgeschaut. Wie sehr andere Einflüsse als die Witterung für die Bautätigkeit bestimmend sind, sehen wir ja auch jetzt wieder. Wenigstens seit Anfang März konnte wieder gearbeitet werden, aber mir wie auch anderen Kollegen ist es trotz unserer Bemühungen erst Anfang Mai gelungen, wieder Arbeit zu bekommen. Mancher Bauarbeiter ist heute noch ohne Arbeit.

Sollen wir Bauarbeiter dafür büßen, daß wir ohne unsere Schuld arbeitslos sind? Man soll für Arbeit sorgen, dann brauchen wir keine Unterstützung. Solange Staat und Bauwirtschaft nicht in der Lage sind, für dauernde Beschäftigung zu sorgen, würde eine weitere Schlechterstellung der Bauarbeiter in der Arbeitslosenversicherung Hunderttausende von Familien im Winter in größte Not bringen, es sei denn, daß durch eine erhebliche Lohnsteigerung tatsächlich die Möglichkeit zum Sparen gegeben würde.

Christliche Gewerkschaften und Arbeitslosenversicherung

Das „Berliner Tageblatt“, das schon verschiedentlich gegen die Arbeitslosenversicherung geschrieben hat, entdeckt auf einmal ihr warmes Herz für die christlichen Gewerkschaften. In der Sonntagsausgabe vom 19. Mai heißt es in großer Aufmachung:

„Die gestern veröffentlichte Entschließung der christlichen Gewerkschaften über die Reform der Arbeitslosenversicherung hat in allen politischen Kreisen das lebhafteste Interesse geweckt. Das Gefühl ist allgemein, daß durch diese Initiative der christlichen Gewerkschaften ein Wendepunkt in dem Kampf um die Arbeitslosenversicherung erreicht ist. Die christlichen Gewerkschaften haben das Gebot der Stunde erkannt...“

Zu diesen Auslassungen, die allzu durchsichtig sind, nimmt „Der Deutsche“ Stellung und erteilt dem „Berliner Tageblatt“ eine gründliche Abfuhr.

„Gewiß, die christlichen Gewerkschaften haben das Gebot der Stunde erkannt, aber eben deshalb werden sie den Gegnern der Arbeitslosenversicherung nicht zu Willen sein können. Das „Berliner Tageblatt“ fügt seine Ausführungen auf eine Entschließung, die es aus einer den christlichen Gewerkschaften nahestehenden Korrespondenz entnommen haben will. Die christlichen Gewerkschaften haben keine Entschließung angenommen.“

Auch in der fraglichen Korrespondenz, dem „Politisch-gewerkschaftlichen Zeitungsdienst“, ist von einer Entschließung gar nicht die Rede. Es heißt dort sogar ausdrücklich, daß die christlichen Gewerkschaften ihre Auffassung zur Arbeitslosenversicherung bislang noch nicht in bestimmten Vorschlägen niedergelegt haben. Damit verkleinern die Betrachtungen des „Berliner Tageblatts“ ihren Boden. Wendungen wie: „Das Gefühl ist allgemein“ oder „man darf wohl annehmen“, „damit ist offenbar gemeint“, dies „ist wohl so gedacht“ zeugen offensichtlich nicht von einer großen Sicherheit. Wenn man aber so wenig konkrete Anhaltspunkte hat, dann soll man keine „Stellungnahme der christlichen Gewerkschaften zur Arbeitslosen-

versicherung" künstlich konstruieren. Die christlichen Gewerkschaften sind mit uns der Ansicht, daß das Problem der Arbeitslosenversicherung so ungeheuer vielseitig und kompliziert ist, daß es nicht durch einige mehr oder weniger saloppe Zeitungsartikel gelöst werden kann. Es ist auch nicht durch Versammlungsentscheidungen zu lösen.

Die verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen haben unlängst in einer gemeinsamen Sitzung beschlossen, sich nach der Bekanntmachung der Regierungsvorschläge zu einer gemeinsamen Beratung zusammenzufinden. Von Sonderaktionen der einzelnen Richtungen kann keine Rede sein."

Volk und Wirtschaft

Eine furchtbare Tatsache, welche dem deutschen Volke nicht oft genug und nicht eindringlich genug vor- gestellt werden kann, ist das schnelle Absinken seiner Geburtenzahl. 1913 hatten wir auf 1000 Deutsche gerechnet noch 12,4 Geburtenüberschuß, 1927 nur noch 6,4. Eine kleine Weile noch, und wir fangen an, ein aussterbendes Volk zu sein. Auf dem Wege dorthin sind wir.

Warum das?

Zwei Gründe scheinen besonders deutlich mitzuwirken. Einmal die Folge eines verlorenen Krieges, zweitens der Rückgang der moralischen und sittlichen Kräfte.

Die Folgen des verlorenen Krieges hat die Menschheit auf kleinem Staatsgebiet zusammengedrängt. Dadurch ist besonders die städtische Bevölkerung gewachsen. Ihr Anteil betrug

1910: 21,29 pCt. 1925: 26,78 pCt.

Die Dichte der Gesamtbevölkerung wuchs im gleichen Zeitraum von 124,2 auf 133,1 je Quadratkilometer. Hinzu kommt, daß Krieg und Wandlung der Wirtschaftsgrundlagen die Landwirtschaft so schwer in Mitleidenschaft gezogen haben, daß auf dem Lande ein gesundes Wirtschaften fast unmöglich geworden ist. Die Menschen wandern in schnellem Tempo und vermehren das großstädtische und industrielle Proletariat. Wie stark diese Umschichtung ist, zeigt folgende Tabelle:

	1907	1925
Land- und Forstwirtschaft	27,1	23,0
Industrie und Handwerk	40,7	41,3
Handel und Verkehr	14,9	16,9
Beruf, freie Berufe	4,6	5,1
Gesundheitswesen	1,1	1,5
Häusliche Dienste	3,5	3,1
Ohne Beruf	8,1	9,1

Die Menschen ballen sich in Stadt und Industrie stärker zusammen, als Arbeit und Wohnungsmarkt es zulassen. Die notwendige Folge ist eine überstarke Vergrößerung der an sich schon vorhandenen sozialen und damit auch persönlichen Not. Hier liegt wiederum der Nährboden für die schnell um sich greifende sittliche und moralische Verwilderung. Kann es dafür ein deutlicheres Zeichen geben als folgende Gegenüberstellung:

	1913	1927
Eheschließungen (auf 1000)	7,7	8,5
Eheliche Geburten	202,3	139,2

In zahlreichen Großstädten ist jede achte Geburt unehelich!

Bei den Lösungsversuchen zeigen sich zwei Probleme, die unlösbar miteinander verbunden sind. Wirtschaftliche und moralisch-sittliche Hebung ist notwendig. Eins ohne das andere ist kaum möglich. Mit Besserung der Wirtschaftslage, besonders der Landwirtschaft, ist die Möglichkeit gegeben, die Abwanderung erst einmal einzudämmen, darüber hinaus zur Umsiedlung zu schreiten. Besserung der Wirtschaftslage bringt aber auch das Fundament für erfolgversprechende sittlich-moralische Arbeit, besonders der Kirche, mit sich. Mahnung und Verbot verpuffen in ihrer Wirkung, wenn der Spielraum sie zu erfüllen, zu eng geworden oder überhaupt nicht mehr vorhanden ist.

Man darf wohl sagen, daß eins der Kernprobleme der Gegenwart die Wiederherstellung einer gesunden Wirtschaft ist. Deshalb muß jeder an seinem Platze mithelfen, unsere Wirtschaft wieder lebensfähig und ertragreich zu machen. Alle Gegner im In- und Ausland, welche die Wirtschaftlichkeit und damit die Lebensfähigkeit des Volkes und des einzelnen hemmen, laden eine furchtbare Schuld auf sich.

Allgemeine Rundschau

30 Jahre christliche Gewerkschaftsbewegung

Wichtigsten 1899 tagte der erste Kongreß der christlichen Gewerkschaften in Mainz. Wurde auch die erste christliche Gewerkschaft, der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter, bereits im Jahre 1894 gegründet, so leitete doch der Mainzer Kongreß erst eine christliche Gewerkschaftsbewegung ein. Der Kongreß formulierte das sog. Mainzer Programm, das grundlegend für die Tätigkeit der christlichen Gewerkschaften gewesen

Am 1. Juni 1929 ist der zweiundzwanzigste Wochenbeitrag für das Jahr 1929 fällig.

ist. Der Kongreß schuf weiterhin den Anfang mit der Bildung von zentralen, sich über das ganze Reich erstreckenden Berufsorganisationen, während bis dahin nur das Prinzip örtlicher und bezirklicher Verbände wirksam gewesen war. Gleich im Anschluß an den Kongreß vereinigten sich die örtlichen Holzarbeitergruppen zu einem Zentralverbande, die bezirklichen Textilarbeiterverbände schlossen sich zu einem Kartell zusammen. Mehrere Bauarbeiterverbände traten einander näher. Die Metallarbeiter beschloßen gleichfalls die Errichtung eines Zentralverbandes.

Seit dem Mainzer Kongreß haben die christlichen Gewerkschaften den damals vorgezeichneten Weg fortgesetzt. Der Erfolg beweist die Richtigkeit dessen, was in Mainz beschlossen: Waren vor 30 Jahren nur ca. 75 000 Mitglieder auf dem Kongreß vertreten, so sind heute in der gesamten christlichen Gewerkschaftsbewegung 1 1/4 Millionen Arbeiter und Angestellte vereinigt.

Tagung des Gesamtverbandes der evangelischen Arbeitervereine Deutschlands in Breslau

Der Gesamtverband der evangelischen Arbeitervereine Deutschlands hält seinen alle zwei Jahre stattfindenden großen Vertretertag diesmal in einer Stadt des deutschen Ostens ab. Vom 14. bis 18. Juni werden evangelische Arbeiter und Arbeiterführer aus dem ganzen Reich, einschließlich Danzig und Saar- gebiet, in Breslau versammelt sein. Die Wandlungen des sozialen und wirtschaftlichen Lebens innerhalb des letzten Jahrzehnts sollen in den Beratungen zur Neugestaltung des „Sozialen Programms“ des Gesamtverbandes, das 1921 in Erfurt beschlossen wurde, zum Ausdruck kommen. Generalsekretär Rudolph (Berlin) wird dazu das einleitende Referat halten. Im weiteren Verlauf der Tagung steht das Thema: „Die Zukunft der Kirche und unsere Sendung“ — Referent Generalsekretär Viz. A. Grunz (Berlin) — zur Erörterung. Reichsminister a. D. Dr. h. c. Koch (M. d. R.), wird sodann reden über „Der soziale Volksstaat und die evangelische Arbeiterbewegung“. Mit Rücksicht auf die staatspolitische Umgestaltung dürfte dieses Thema besonderes Interesse beanspruchen.

Am Sonntag, den 16. Juni, wird im Zusammenhang mit dem Vertretertag ein großer Massen- aufmarsch evangelischer Arbeiter und Arbeiterinnen aus ganz Schlesien in Breslau erfolgen.

Der Tagung voraus geht ein Kursus für Arbeiter- sekretäre mit dem Gesamthema: „Der Mensch in der Wirtschaft.“ Der Kursus wird in Verbindung mit der Akademie der Arbeit und dem Preussischen Kultus- ministerium veranstaltet. Die Breslauer Tage ver- sprechen so nach jeder Seite hin bedeutungsvoll zu werden.

Eine Novelle zur Arbeitslosenversicherung

Nachdem sich das Reichskabinett wiederholt in längeren Beratungen mit der Reform der Arbeitslosen- versicherung beschäftigt hat, sind die Arbeiten in den Ministerien jetzt soweit gediehen, daß eine Novelle zum Arbeitslosenversicherungsgesetz vorliegt. Ueber den Inhalt der Novelle ist noch nichts bekannt.

Antireligiöse Hege der freien Gewerkschaften

„Wir sind antireligiös — weil wir vernünftige Menschen geworden sind!“ Dieses, vom verstorbenen Führer der freien Gewerkschaften, Legien, gelegentlich des Kölner Kongresses der freien Gewerkschaften 1905 gesprochenes Wort, ist auch heute noch maßgeblich für die geistige Haltung der Menschen in der frei- gewerkschaftlichen Bewegung. Religion und Vernunft werden hier für unvereinbare Gegensätze gehalten. Dafür liegen einige neue Beweise vor.

Der Christliche Metallarbeiterverband hatte in Berlin zu den diesjährigen Betriebsratswahlen in den verschiedensten Werken Wahlvorschläge eingereicht. Dieses Vorgehen wurde von freigewerkschaftlicher Seite mit mehreren Flugblättern beantwortet. In einem dieser Flugblätter, unterzeichnet von den freigewerkschaftlichen Funktionären des Blodwertes (Siemens), heißt es:

„Die Kollegen des christlichen Metallarbeiterver- bandes präsentieren Euch mit einer ziemlich Un- verfrorenheit eine Liste mit einem Dreimänner- kollegium, das wohl Uebung hat im Moien- Frankbeten, aber von allen einschlägigen Ge- setzen und Bestimmungen, die für Betriebsratsmit- glieder Voraussetzung sind, jenseit Ahnung hat, wie die Kuh vom Gurkenalat.“

Zu einem anderen Flugblatt, das von den „oppo- sitionellen Kollegen“ des Blodwertes (Siemens) un- terzeichnet ist, schreibt man:

„Die Christen sind die Pfaffen- knechte, die Euch mit Halleluja jatt- jättern wollen.“

Eine „Gipfelleistung“ aber erreichten die frei- gewerkschaftlichen Funktionäre der AGG-Motorenfabrik Hennigsdorf. Sie schrieben in ihrem Flugblatt: „Heute kandidiert neben der freigewerkschaft- lichen Liste noch eine andere, nämlich die der „A u- ger sein“. Ganz frisch sind dieselben importiert aus dem heiligen Lande, sie empfangen auf der Durchreise in Rom den päpstlichen Segen und treten nun mit dieser Ausrüstung vor Euch, um als „Heilige Be- triebsräte“ gewählt zu werden. Als christ- liche Arbeiter buhlen diese Deuchler um Eure Stimme.“

So geschehen im Frühjahr 1929, nachdem Deutsch- land „eine Welle des religiösen Sozialismus erlebte“.

Gesteigerter Lohn beschleunigt die Rationalisierung

Die Behauptung, erhöhter Lohn entziehe der Wirtschaft die Mittel zur Rationalisierung, war längere Zeit ein beliebtes Argument gegen die Lohn- politik der Gewerkschaften. Nur mit einem gleich- bleibenden Lohnniveau sollten nach dieser Argumen- tation ohne weiteres technische und organisatorische Verbesserungen der Betriebe möglich und durchführ- bar sein. Die gewerkschaftliche These: Erhöhter Lohn zwingt zur Rationalisierung und fördert dabei, wurde als „Trugschluß“ und „spekulative Lohnpolitik“ be- kämpft und mit den bekannten Feststellungen vom Ende der Rationalisierung widerlegt.

Gegenüber dieser kurzfristigen Einstellung ist eine Erklärung von besonderer Bedeutung, die kürzlich die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ zur Frage der Ra- tionalisierung abgegeben hat. „Nur durch die Ra- tionalisierung der deutschen Industrie ist es möglich gewesen“, so schreibt die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ am 15. April 1929, „die Belastungen der Pro- duktionskosten, die der amtliche Schlichtungsapparat den einzelnen Industrien immer wieder auferlegt hat, zu tragen.“ Die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ be- stätigt also, was die Gewerkschaften schon vor Jahren behauptet haben: „Durch den Zwang, erhöhte Löhne zu zahlen, ist die Industrie zu weitgehendster Ra- tionalisierung genötigt worden.“ „Wo ständen wir heute, wenn die Rationalisierung nicht durchgeführt worden wäre?“, so fragt die „Deutsche Arbeitgeber- zeitung“ mit Recht. Die gewerkschaftliche Lohnpolitik hat diesen Erfolg gezeitigt. Die Richtigkeit der ge- werkschaftlichen Lohnpolitik hat sich bestätigt. — u. —

Erhöhte Rentabilität der Baugesellschaften

Wir entnehmen der „Bauwelt“ die folgende inter- essante Notiz:

„Die Geschäftsergebnisse der Baugesellschaften, die ihr Geschäftsjahr mit dem 31. Dezember abschließen und bereits im ersten Vierteljahr ihre Bilanzen veröffentlicht haben, sind im Vergleich zum Vor- jahre bedeutend günstiger. Die Durchschnittsdividende der neun Berichtsgesellschaften ist von 4 auf 7,3 Prozent gestiegen. Allerdings muß berücksichtigt werden, daß der Satz von 4 Prozent, der sich für das Geschäftsjahr 1927 errechnete, ganz erheblich unter den durchschnittlich in der sonstigen Industrie erzielten Sätzen lag. Die ausgewiesenen Gewinne bezifferten sich diesmal auf 507 000 RM. gegenüber 300 000 RM. im Jahre 1927. Eine außerordentliche Zunahme weist der Kosten „Abfreibungen“ auf, der mit 944 000 RM. beträchtlich über der Vor- 1927 und 1928

		Bilanz-Stichtag	
		31. Dez. 1927	31. Dez. 1928
Zahl der Gesellschaften		9	9
Stammkapital (in 1000 RM.)		6938	7438
Reserven	1000	976	967
Gewinn	1000	300	307
Abfreibungen	1000	135	944
Dividende	1000	278	344
Reingewinn in Proz. des St. K.		4,3	6,8
Rohgewinn		6,3	19,5
Dividende		4,0	7,3

Jahressumme (nur 135 000 RM.) liegt. Zu erwähnen ist noch die große Veränderung, die in der Spanne zwischen Roh- und Reingewinn im letzten Jahr ein- getreten ist. Während 1927 von 6,3 Prozent Roh- gewinn (in Prozent des Stammkapitals) 4,3 Prozent, also etwa zwei Drittel, als Reingewinn ausgewiesen wurden, gelangten 1928 bei 19,5 Prozent Roh- gewinn 6,8 Prozent des Stammkapitals als Reingewinn zur Ausweisung. Die Unkosten der Betriebe haben sich also um ein Bedeutendes gesteigert. Nicht zuletzt drückt sich hierin auch die starke Erhöhung der Lohnsätze deutlich aus.

Im Vergleich zu den übrigen Wirtschaftszweigen haben die Baugesellschaften das verfloßene Geschäfts- jahr sehr günstig abgeschlossen. Der Durchschnitt aus allen sonstigen, auf den 31. Dezember abschließenden Gesellschaften (außer Banken), deren Bilanzergeb- nisse bereits veröffentlicht wurden, schließt 1928 (nach dem „Berliner Tageblatt“) mit der gleichen Dividende wie im Vorjahre ab. Die sich allgemein auswirkende rückläufige Konjunktur des abgelaufenen Jahres konnte im Baugewerbe durch das günstige Baujahr nicht nur ausgeglichen werden, sondern es ermöglichte sogar, wie oben erwähnt, eine bedeu- tende Verbesserung der Geschäftsergebnisse gegenüber dem weniger befriedigenden Jahr 1927.“

Ein Kommentar zu diesem Bericht erübrigt sich. Jedenfalls haben die Bauunternehmer es offenbar vermocht, die Lohnhöhungen für ihren eigenen Ge- deuel fruchtbar zu machen. Sie schimpfen aber un- entwegt auf die Bauarbeiter, die durch ihre Lohn- forderungen die Baukosten in die Höhe trieben, und sie erreichen zumeist damit ihr Ziel, das Interesse der Leserschaft von dem eigenen Gewinnstreben abzulenken.

Aus dem Verbandsleben

Sendenhorst. Am Sonntag, den 12. Mai, feierten wir unser 25jähriges Bestehen. Die Feier wurde durch einen Kommerz mit Ehrung der Jubilare am Sonnabend eingeleitet. Am Sonntagmorgen war Fest- gottesdienst und Ehrung der Verstorbenen, insbeson- dere der im Felde Gefallenen. Nach Abholen der auswärtigen Kollegen, die aus Münster, Telgte, Abersloh, Ahlen, Sendenhorst, Verbern und einigen anderen Orten recht zahlreich erschienen waren, fand

Kinder- und Volksbelustigungen statt. Dann bewegte sich ein stattlicher Festzug durch die Straßen unjeres Städtchens; die Bürgerchaft nahm durch reichliche Beflagung ihrer Häuser lebhaften Anteil. Anschließend wurde der Hauptfestakt in Form einer Festversammlung abgehalten. Kollege Zumbrod (Hannover), unser erster Bezirksleiter, hatte die Festrede übernommen. Er wies darauf hin, daß man bei solchen Festen einen Rückblick halten müsse auf die zurückliegende Zeit. Es sei zu fragen, ob die Erwartungen, die damals gestellt seien, auch Erfüllung gefunden hätten. Wenn man alle Schwierigkeiten, die sich in den Gründerjahren in den Weg stellten, berücksichtige, dann könne man stolz sein auf das Erreichte. Aus alter Erinnerung besprach er einzelne Fälle, die bei manchem Alten viel einst Erlebtes wieder wachriefen, die der Jugend aber so recht zeigen konnten, welche großen Schwierigkeiten unsere alten Kollegen überwinden mußten. Dank gebührt daher den Alten, die zähe Ausdauer gezeigt haben, die als Vertrauensmänner keine Mühe scheuten, um den Verband vorwärtszubringen, die insbesondere auch in der Zeit des Krieges die Fahne hochgehalten haben. Redner ging dann auf die Pflichten der Jugend ein und ermahnte sie, dafür zu sorgen, daß die nächsten 25 Jahre sich den verfloffenen würdig anreihen könnten.

Als Gäste waren die Herren Pfarrer Tassenborg und der Kaplan erschienen, ebenso zwei Herren vom Ausschussrat des Konsumvereins. Der Herr Bürgermeister hatte sich schriftlich wegen Krankheit entschuldigt, sprach aber auch schriftlich die herzlichsten Glückwünsche aus. Der Herr Pfarrer sprach ebenfalls seine Glückwünsche aus und wies auf die sozialen Kräfte des Christentums hin, erinnerte daran, wie schon in seiner Studienzeit Herr Professor Dr. Hise den sozialen Gedanken verbreitete und vertieft. Der Vorsitzende der Verwaltungsstelle Münster, Kollege Langheinrich, beglückwünschte uns und erinnerte daran, daß er vor 24 Jahren versucht habe, in Sendenhorst die freien Gewerkschaften einzuführen, sich aber später überzeugt habe, daß er auf dem falschen Wege sei. Stolz sei er darauf, heute mit uns in Reich und Glied kämpfen zu dürfen. — Nach einem begeisterten Schlusswort des Kollegen Zumbrod fand die Festversammlung ihren Schluss, und es folgte ein gemüthlicher Tanz. — Nun, Kollegen, alt und jung, an die Arbeit zu neuen Erfolgen in den nächsten 25 Jahren!

Sterkrade. Es war ein stattlicher Kreis, der sich am Sonntag, den 12. Mai, im Kolpinghaus zum Frühlingsfest der Ortsgruppe einstellte. Einen besonders guten Eindruck machte es, daß so viele junge Mitglieder an der Veranstaltung teilnahmen. Besondere Beachtung fand die Ausstellung von Fachkursarbeiten, die mit dem Frühlingsfest verbunden war. 38 junge Bauhandwerker hatten am Fachkurs teilgenommen, den zu leiten sich Herr Architekt Wiegandt in liebenswürdiger Weise bereit gefunden hatte. Er wird selber keine Freude gehabt haben an dem, was er mit dem Interesse und dem Fleiß der Jungbauhandwerker zuwege brachte. Durch Zeichnung von Grundrissen, Schnitten und Ansichten und durch praktische Modellherstellung wurden die jungen Kollegen mit den Regeln der Maurerverbände gut vertraut gemacht. Man mußte beim Studieren der Arbeiten gesehen, daß der Fachkurs ein großer Gewinn für die jungen Kollegen war. Mit viel Liebe hatten sie sich dem Unterricht gewidmet und deshalb war auch derselbe von großem Erfolg gekrönt. Im Bericht selber wird sich das bald bemerkbar machen, nicht zuletzt im eigenen Vorwärtstreben der jungen Menschen.

Kollege Peter konnte in seiner Begrüßungsansprache darauf hinweisen, daß die Jugendgruppe Sterkrade schon im ersten Jahre ihres Bestehens positive Arbeit geleistet und das bei der Wimpelfeier gegebene Versprechen der Förderung der Berufserziehung gehalten habe, wobei er dankbar anerkannte, daß hierbei der Vorstand der Ortsgruppe und Architekt Wiegandt tatkräftig mitwirkten. In Fortführung dieses Gedankenganges richtete Jungmann F. Lötgen im vorgetragenen Prolog einen freudig bewegten Appell an die Bauarbeiterjugend, sich reiflos fest im Verband zusammenzuschließen.

Als Festredner war unser Bezirksleiter, Kollege Koch (Bochum), selbst erschienen. Er gab seiner Freude Ausdruck, daß sich ein so großer Kreis von jungen und älteren Bauarbeitern eingefunden habe, um einige Stunden erhabener Fröhlichkeit zu verleihen. Wir christlichen Arbeiter seien Gegner des Uebermaßes der festlichen Veranstaltungen, aber ein- oder zweimal im Jahre wollen auch wir uns im Kollegen- und Verwandtenkreis zu fröhlichem Tun zusammenfinden. Im Verband selber leisten wir in gemeinschaftlichem Streben Arbeit für den Stand der Arbeiterschaft und ihre Familien. Das letztere sollte namentlich die Arbeiterfrau im Hinblick auf die täglichen Sorgen nie vergessen. In welcher erbärmlichen Verhältnissen leben Mann, Frau und Kinder auch heute noch, wenn sich nicht die gewerkschaftliche Organisation in den letzten Jahrzehnten der Belange der Arbeiterschaft angenommen hätte! Notwendig sei es, daß sich die Jungmannschaft auch mit der Geschichte der christlichen Gewerkschaftsbewegung vertraut mache, um zu erkennen, was durch sie für die Gesamtheit der Arbeiterschaft geleistet wurde. Vor 25 Jahren hätten trostlose und menschenunwürdige Verhältnisse auf dem Bau bestanden. In den Fragen des Mitbestimmungsrechtes der Arbeiter, der Lohn- und Arbeitszeitgesetzgebung und der Schanzbestimmungen sei seitdem viel erreicht worden. Große Erfolge seien

durch die zähe gewerkschaftliche Arbeit zuwege gebracht worden. Die Solidarität müsse auf die gesamte Front der Arbeiterschaft ausgedehnt werden; keinen einzigen Unorganisierten dürfe es geben. Wollen die Jungen das von uns Alten Erreichte erhalten und weiter ausbauen, dann bleibt nichts anderes übrig, als in Treue zum Verband zu stehen und in ihm tüchtig mitzuarbeiten. Die Gewerkschaftsarbeit sei die moderne Caritas, wie Dr. Sonnenstein auf dem Danziger Verbandstag der christlichen Bauarbeiter sagte, sie sei praktisches Christentum. Der Redner schloß seine zündenden Worte mit einem Hoch auf den Verband.

Kartellvorsitzender Höber überbrachte die Glückwünsche des Kartells zum glücklichen Gelingen des Fachkurses und der Fachausstellung und dankte Architekt Wiegandt dafür, daß er sich selbstlos der Sache der Jugend zur Verfügung stellte. Den Muttertag nahm Höber zum Anlaß, um jener Mütter zu gedenken, die klug und einsichtsvoll handelten, als sie ihre Söhne der christlichen Organisation zuführten und damit auch der Fortbildung ihrer Kinder einen großen Dienst erwiesen.

Eine feine Umrahmung fand die Veranstaltung durch Heddi Sanders Vieder zur Laute. Ein feinschmelzender Sopran und künstlerische Lautenbegleitung der Vieder zeichnen die Essener Sängerin aus, die unermüdet war, und der immer wieder stürmischer Beifall zuteil wurde.

Fulda. Am 14. Mai hielt die Verwaltungsstelle Fulda im vollbesetzten Saale der „Harmonie“ ihre Jahres-Generalversammlung ab. Nach kurzer Ansprache des Vorsitzenden, Kollegen Storch, erstattete Kollege Stahl den Geschäfts- und Kassenbericht. In der Stadt Fulda wurden im Berichtsjahre 197 Baugestaltungen gegen 540 im Vorjahre erteilt. Die Wohnungsbautätigkeit auf dem Lande war im allgemeinen nicht erheblich, weil es hier an den öffentlichen Mitteln fehlte. — Zur Belehrung der Mitglieder

Kollegen, lest den „Deutschen!“

über die gewerkschaftlichen Aufgaben und zur Förderung der Agitation wurden 149 Versammlungen und 22 Sitzungen abgehalten. Im vergangenen Winter konnten die Ortsgruppen Giesel, Großenlüder, Niergiesel, Hofensfeld, Hainzell, Kleinlüder, Kämmerzell, Oberhausen, Müs und Neuhoj ihr 25jähriges Bestehen mit Ehrung ihrer Jubilare feiern. Eine Jugendgruppe ist ebenfalls vorhanden und wird auch mit einer Deputation auf dem Jugendtag der christlichen Gewerkschaften vertreten sein. — An Unterstützungen sind im Geschäftsjahr 1928 6577 RM. ausbezahlt worden. Durch die Rechtschutzfähigkeit wurde ein Barerfolg von 1160,42 RM. erzielt. Hier zeigt sich so recht, welche Vorteile die Mitglieder durch den Verband haben. Durch die Sondermaßnahmen in der Arbeitslosenversicherung für die Saisonarbeiter erhöhte sich die Rechtschutzfähigkeit ganz bedeutend, und es mußten viele Beschwerden und Einsprüche angefertigt werden. In Postfächern gingen heraus: 896 Briefe, 323 Postkarten, 550 Drucksachen, 65 Pakete, 89 Postanweisungen. Dem Geschäftsführer, sowie den Vorstandsmitgliedern und ganz besonders den Vertrauensleuten wurde volle Anerkennung für ihre Tätigkeit und der Dank der Versammlung ausgesprochen. Zur Stärkung der Lokalkasse wurde einstimmig beschlossen, daß jedes Mitglied 1 RM. Lokalbeitrag zu zahlen hat. Bezirksleiter Schleicher hielt einen belehrenden Vortrag über die Verbesserungen und Rechte im neuen Reichstarifvertrag und forderte die Mitglieder auf, auch dem Verbands gegenüber ihre volle Pflicht zu erfüllen. Endziel unserer Gewerkschaftsarbeit muß sein, daß alle christlich gesinnten Bauarbeiter sich unserem Verbands anschließen und dafür sorgen, daß jeder ein eifriger Mitarbeiter für die Bewegung wird. Nach einem kurzen Schlusswort fand die gut verlaufene Tagung ihren Abschluss.

Sennertitz (Dr. Leobschütz). Am Dienstag, den 11. Mai, hielt unsere junge Ortsgruppe eine Mitgliederversammlung ab. Kollege Kozinn sprach über die letzte Lohnbewegung und über die wirtschaftliche Lage. Die Ortsgruppe zählt zurzeit acht Mitglieder. Wir hoffen und wünschen, daß die neue Ortsgruppe innerlich und äußerlich erstärke.

Fißlingerode. Als eine der ersten Ortsgruppen im Kreise Duderstadt können wir auf ein 25jähriges Bestehen unseres Verbandes zurückblicken. Dieses Ereignis feierten wir an den Pfingsttagen. Wir hatten die benachbarten Ortsgruppen dazu eingeladen, die auch, obwohl in fast allen Dörfern Festlichkeiten stattfanden, recht zahlreich erschienen waren. Ein stattlicher Festzug bewegte sich durch das mit Fahnen und Girlanden reichlich geschmückte Dorf. Anschließend hielt unser Bezirksleiter, Kollege Zumbrod, die Festrede. Er zeigte die Schwierigkeiten der Gründerjahre, die Kämpfe und Erfolge des Verbandes. Die Jahre 1905, 1910, 1924 und 1925 mußten als besondere Daten in der Geschichte der Tarifbewegung der Bauarbeiter eingetragen werden. Es habe sich gezeigt, daß es richtig war, daß wir den Weg zur christlichen Gewerkschaft fanden. Redner zeigte aber auch, welche Aufgaben noch zu erfüllen seien, und ermahnte die Jugend, von der Ausdauer und der Treue der Alten zu lernen; denn auch ihre Zukunft sei nur dann gesichert, wenn sie es verstehen würden, sich eine starke christliche Gewerkschaftsbewegung zu

erhalten. — Vertreter des Kartells und der anderen Bruderverbände sprachen ihre Glückwünsche aus. Dann kam der Tanz zu seinem Recht, und das Fest nahm einen schönen und würdigen Verlauf. — Wir wollen versprechen, auch ferner alles zu tun, um unseren Verband vorwärtszubringen.

Sozialpolitik u. -versicherung

Änderungen der Wochenhilfe. Durch Gesetz vom 18. Mai 1929 erfährt die Wochenhilfe in der Krankenversicherung folgende Änderungen: Das Wochenlohn beträgt für die Zeit von vier Wochen vor der Entbindung drei Viertel des Grundlohnes, solange die Schwangere keine Beschäftigung gegen Entgelt ausübt. Bisher wurde vier Wochen vor und sechs Wochen nach der Entbindung ein Wochenlohn in Höhe des Krankengeldes, mindestens aber 50 Pf. gezahlt. Für die Zeit nach der Entbindung bleibt es bei der bisherigen Regelung. — Das Krankengeld kommt in Zukunft vollständig in Fortfall (also auch vor der Entbindung), solange Wochenlohn gezahlt wird. — § 311: „Arbeitsunfähige bleiben Mitglieder, solange die Kasse ihnen Leistungen zu gewähren hat“, wird durch das neue Gesetz auch auf Schwangere und Wöchnerinnen ausgedehnt, „solange sie Anspruch auf Wochen- oder Schwangerengeld haben und nicht gegen Entgelt arbeiten.“ — Eine kleine Änderung ist auch für die Invalidenversicherung beschlossene worden. Bisher wurden acht Wochen bei einer Arbeitsunfähigkeit, die durch eine Schwangerschaft oder ein regelmäßig verlaufenes Wochenbett veranlaßt ist, als Pflichtbeitragswochen gerechnet. Nach der Neuregelung gelten zwölf Wochen als Pflichtbeitragswochen. — Das Gesetz tritt am 1. Juni 1929 in Kraft.

Bekanntmachung

Verwaltungsstelle Freiburg i. Br.
Das Sekretariat befindet sich ab 1. Juni Schwarzwalddstr. 2.
S. U. B. Schüller.

Sterbetafel

Am 6. Mai starb unser treuer Kollege Aug. Henzer im Alter von 58 Jahren.
Ortsgruppe Wetter (Ruhr).
Am 15. Mai verstarb unser treuer Kollege, der Bauhilfsarbeiter Hermann Döring, im Alter von 55 Jahren an Lungentzündung.
Verwaltungsstelle Danzig.
Ehre ihrem Andenken!

Meisterschule

Ausbildung in Zwei Halbjahrskursen zum
Maurer-, Zimmer-, Straßen- und Schachtmeister.
Programm kostenlos.
Schachtmeister- und Polierschule
Detmold in Lippe, Wittjestr. 4 d.

Schmale Leatholz-Wasserwaagen

Längen	100	90	80	75	70	60	50	45-40	35-25	cm
Preis	3,70	3,50	3,30	3,20	3,10	2,80	2,65	2,50	2,20	RM.

Ich garantiere für solide und genaue Anfertigung. Bestellungen per Post werden unter Nachnahme zugeandt. Von 4 Stück an portofrei. Von 11 Stück an eine gratis. Sämtliche Maurer-, Stukkateur- und Plattenlegerwerkzeuge, nur erste Qualität, zu billigsten Preisen. Prospekt werden unentgeltlich versandt. Bei Bestellung Größe und Form angeben. Walter Richter, Düsseldorf-Unterrath

Wer probt, lobt „Wanderlust“



die Garantieware
Echt Leatholz-Wasserwaagen mit Messingplatte und Messingringen genau ausgelotet.
Holz aus alten Schiffen, daher beste Ware mit billigerer Ware nicht zu vergleichen.
Bei Abnahme von 6 Stück portofrei
Bei Abnahme von 12 Stück eine gratis

	25	50	60	70	75	80
	2,40	2,80	3,-	3,40	3,60	3,70
				90	100	cm
				3,90	4,10	

Was nicht gefällt, wird zurückgenommen.
Alle anderen Garantie-Werkzeuge für Maurer, Stukkateure, Plattenleger und Ofenseher laut Liste billigst.
G. Kofch & Sohn, Remscheid, Wilhelmstr. 34.
und Kunsthandl., sämtlich in Berlin.